
Birgit Geissler

„Endlich ist die Krise zwischen den Generationen ausgebrochen...“

Zum Zusammenhang von Generationen- und Geschlechterkonflikt

Prof. Dr. Birgit Geissler, geb. 1949 in Tann/Rhön, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik und Pädagogik in Frankfurt/M. und Tübingen, lehrt Sozialwissenschaften an der FH Hamburg und ist gegenwärtig Vizepräsidentin der Fachhochschule Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Berufsbiographie und Lebensplanung von Frauen, Arbeitszeit, Sozialpolitik.

Der verdeckte Konflikt

Es gibt keinen (offenen) Geschlechterkonflikt, und es gibt keinen (offenen) Generationenkonflikt. Dennoch ist mit der Bundestagswahl vom 27. September 1998 in dieser Hinsicht etwas geschehen: Die Frauen, insbesondere die jungen Frauen haben überdurchschnittlich oft ihre Stimme für SPD oder Grüne abgegeben. Sie haben damit auch eine von der älteren Generation getragene politisch-soziale Geschlechterordnung abgewählt. Denn neue Konzepte der Arbeitsteilung und der sozialen Sicherung, der kulturelle Wandel von Weiblichkeit und Familie und der Gleichheitsanspruch der Frauen werden von SPD und Grünen stärker unterstützt.

Von einer Krise zwischen den Generationen zu sprechen, ist sicher etwas überspitzt. Ich will dennoch heuristisch die politischen und sozial-kulturellen Differenzen zwischen Älteren und Jüngeren¹ als einen generationenspezifischen Geschlechterkonflikt untersuchen. Damit ist gemeint: Jüngere und mittlere/ältere Generation deuten das Geschlechterverhältnis unterschiedlich, und sie haben verschiedene Vorstellungen über die Geschlechterpolitik, das heißt: über die politische Herstellung einer Geschlechterordnung. Die überkommene Form des Generationenkonflikts - Innovationsüberschuss bei den Jüngeren und Ressourcen- und Machtüberschuss bei den Älteren - hat also auch eine geschlechtsspezifische Ausprägung. Eine vollständige Analyse dieses Problems müßte sehr differenziert sein: nötig wären getrennte Aussagen zu Frauen und Männern der älteren und der jüngeren Generation - und das für Ost- und Westdeutschland. Es gibt allerdings für eine solche Analyse kaum empirisches Material; daher werde ich innerhalb der älteren Genera-

¹ Mit „jünger“ bezeichne ich die seit ca.1960 Geborenen; diese Frauen und Männer der sog. geburtenstarken Jahrgänge haben grundsätzlich andere bildungsmäßige, kulturelle, politische und berufliche Erfahrungen gemacht als die Älteren.

tion nicht zwischen den Geschlechtern unterscheiden und zu Ostdeutschland nur einige Hinweise geben.

Die Durchsetzung einer (post)modernen - das heißt säkularisierten, flexiblen, beschleunigten, mobilen - Lebensführung wird von der jüngeren Generation, von Männern wie Frauen getragen. Dieser Lebensführung ist der Gleichheitsanspruch der Frauen immanent, auch wenn die jungen Männer sich über diese Implikationen ihrer Ansprüche an Partnerschaft und Lebensführung nicht immer im klaren sind.² Der Gleichheitsanspruch ist heute eher unpolitisch; aber auch wenn junge Frauen heute die Frauenbewegung für überholt halten, so ist doch ihr Handeln und ihre Lebensweise von dem geprägt, was die Frauenbewegung erreicht hat. Gerade deshalb erscheint es ihnen anachronistisch, von einem Geschlechterkonflikt zu sprechen. Sie brauchen keine kollektiven Kämpfe mehr um Gleichberechtigung, denn sie fühlen sich nicht benachteiligt - und sie haben damit in gewisser Weise recht. Die Lebensführung der jungen Männer und Frauen vor der Familiengründung ist - zumindest im städtischen Milieu - recht ähnlich; dies hat sehr viel mit dem Bildungsniveau, mit den Lebensplänen und dem Selbstbewußtsein der Frauen zu tun.

Zugleich trägt der Willen und die zunehmende Fähigkeit der Frauen, die Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis zu überwinden, zur Modernisierung der Lebensführung bei. Die Umsetzung der Rechtsgleichheit seit den siebziger Jahren, die Angleichung des Bildungsniveaus und das steigende Erwerbsinteresse der Frauen und - damit verbunden - neue Lebensformen und Lebensstile, die auch von den Männern getragen werden, stehen für einen neuerlichen Schub gesellschaftlicher Modernisierung in der Bundesrepublik seit Mitte der sechziger Jahre. Allerdings ist zu konstatieren: Der Beitrag der Frauen bleibt politisch unsichtbar. Als geschlechtsneutral erscheint nicht nur der Wandel der Erziehung und der Familienformen, der kulturellen Leitbilder und sozialen Verkehrsformen, sondern auch die wieder wachsende soziale Ungleichheit und die fortschreitende soziale Differenzierung. Auf der anderen Seite sind die Folgen der Modernisierungsprozesse für die Frauen selbst befreiend und risikoreich zugleich.

In drei Themenbereichen will ich die These des generationenspezifischen Geschlechterkonflikts entfalten. Ich beginne mit Ausführungen zum Wandel der Lebensplanung und Lebensführung der jungen Frauen. Dies leitet zur Frage der Familienformen und Familien- und Sozialpolitik über, und abschließend werde ich auf die Risiken eingehen, die aus dem Strukturkonservatismus der Politik entstehen.

2. Vgl. dazu Michael Meuser, Gefährdete Sicherheiten und pragmatische Arrangements. Lebenszusammenhänge und Orientierungsmuster junger Männer, in: Mechthild Oechsle/Birgit Geissler (Hg.), Die ungleiche Gleichheit - Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen 1998, S. 237-255.

Liberalisierung der Lebensführung

Für junge Frauen heute ist das Leben ihrer Mütter keine Leitlinie für die eigene Lebensplanung. Weder im Selbstbild noch in der Lebensweise oder in den Ansprüchen an andere können sie ihre Mutter zum Vorbild nehmen. Sie haben neue Handlungsspielräume in Ausbildung und Beruf wie auch in Partnerbeziehung und Familie. Anders als noch die Generation ihrer Mütter haben junge Frauen der achtziger und neunziger Jahre mehrere biographische Optionen.³ Eine berufsorientierte Lebensführung steht ihnen offen; die Beziehung von Berufstätigkeit und Familienverantwortung können und wollen sie selber gestalten. Auch der Kinderwunsch und die Unterbrechung der Berufstätigkeit, sobald Kinder zu versorgen sind, sind zum Gegenstand individueller Entscheidung geworden. In ihrer Mehrheit gehen junge Frauen weiterhin davon aus, daß sie Kinder haben werden; damit ist jedoch weniger als früher über die Arbeitsteilung und die Lebensweise in der Familie entschieden. Die Mehrheit will ein Gleichgewicht von beruflichem und familiärem Engagement, ausgehandelt in einer partnerschaftlichen Beziehung.

Mit diesen Stichworten ist ein Generationenbruch in Lebensplanung und Lebensführung von Frauen benannt. Während noch in den siebziger Jahren die Lebensplanung von Mädchen weitgehend einheitlich an der traditionellen weiblichen Biographie orientiert war, hat der soziale Wandel hier eine zunächst untergründige, seit Anfang der achtziger Jahre offensichtliche Ausdifferenzierung gebracht. Dieser Wandel ist auch Ausdruck selbstbestimmten Handelns von Frauen im Zeichen des Gleichheitsanspruchs, der sich auf die Beziehungen in der Arbeitswelt und auf Öffentlichkeit und Politik ebenso richtet wie auf die private Partnerschaft. Vor allem mit der ungleichen Verteilung von Haus- und Familienarbeit setzen sich die Frauen - mehr als Männer - auseinander. Die große Mehrheit weist jede qua Geschlecht begründete Zuweisung von Hausarbeit zurück. Was die kulturelle Seite des Geschlechterverhältnisses betrifft, so sind sie sich einig in der Ablehnung des männlichen Dominanzanspruchs; hier ist die Beziehung der Eltern mit ihrem deutlichen Machtungleichgewicht oft ein Negativbeispiel.

In diesen neuen Orientierungen und Lebensformen zeigt sich der markante Legitimationsverlust traditioneller Weiblichkeitsleitbilder, Familienmodelle und Lebenslaufmuster bei der jüngeren Generation. Auch die jungen Männer unterstützen die damit verbundene Modernisierung der weiblichen Lebensführung, ohne allerdings Folgerungen für ihr eigenes Leben zu ziehen. Über die Umsetzung der neuen Leitbilder und biographischen Gestaltungsansprüche der jungen Frauen gibt es einen (bisher latenten) Konflikt zwischen den Generationen. Auf der einen Seite hat hier sicher auch bei der älteren Generation eine Liberalisierung der entsprechenden Normen stattgefunden, die soziale Kontrolle hat nachgelassen. Auf der anderen Seite ist der Kern des Leitbildes von Mutterschaft erhalten geblieben: Die Älteren ver-

3 Vgl. Birgit Geissler/Mechtild Oechsle, Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe, Weinheim 1996.

treten eindeutig die Forderung, daß die Verantwortung für die Kindererziehung bei der Mutter - und nicht beim Vater, schon gar nicht bei öffentlichen Einrichtungen - liegt. Diese soziale Norm ist in den privaten Beziehungen wirksam; sie ist aber auch die Leitlinie der öffentlichen Unterstützung von Eltern geblieben. Auch die meisten jungen Frauen wollen ihr (kleines) Kind nicht in fremde Hände geben; sie wollen allerdings nach mehr oder weniger kurzer Zeit ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen und treffen hier auf eine Familien- und Bildungspolitik, die diesen Wunsch weitgehend ignoriert. Diese Diskrepanz zwischen den Lebensentwürfen der jungen Frauen und den öffentlichen Leitbildern und Normen, die von der älteren Generation vertreten und in Politik umgesetzt werden, ist in Ostdeutschland noch ausgeprägter als in Westdeutschland.

Der Konflikt zwischen modernen Lebensentwürfen, individualisierten Lebensstilen und Vorgaben verschiedener Politikbereiche und Institutionen findet sich im Lebenszusammenhang von Frauen als widersprüchliche Handlungsanforderungen in verschiedenen Lebensbereichen, als Nebeneinander von Gleichheits- und Ungleichheitserfahrungen und als „ungelöste Widersprüche“ zwischen verschiedenen Leitbildern wieder.⁴ Die Handlungsprobleme junger Frauen gehen also auch darauf zurück, daß die in den Modernisierungsprozessen eingelagerte Veränderung der politisch-sozialen Geschlechterordnung öffentlich nicht thematisiert und politisch nicht bearbeitet wird.

Die Überlebenshilfen für die traditionelle Familie

Mit dieser Modernisierung von Lebensentwürfen und Lebensführung geht eine Enttraditionalisierung der sozialen Institutionen (z.B. der Familie, des Lebenslaufs, des politischen Systems) einher. Damit ist der zweite Bereich angesprochen: Die Familienpolitik, Steuerpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik setzen ein längst überholtes Familienmodell voraus, das eine implizite soziale Konstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit enthält; mit diesen Konstruktionen sind Vorgaben für das 'richtige' Frauenleben in der Familie und das 'richtige' Männerleben im Beruf verbunden. Diese Vorstellung bildet die sich mit der bürgerlichen Gesellschaft entwickelnde 'Versorgerehe' mit den komplementären Rollen des Familienernährers und der Hausfrau als Normalform des Zusammenlebens der Geschlechter ab.⁵ Die jungen Frauen sind so mit einer impliziten Geschlechterpolitik der staatlichen Institutionen und des Arbeitsmarktes konfrontiert, die einen Rückzug verheirateter Frauen aus der Erwerbstätigkeit fördert. So wird die Hausfrauenehe in der Sozialpolitik abgesichert und unterstützt, etwa

4 Vgl. Mechthild Oechsle, Ungelöste Widersprüche: Leitbilder für die Lebensführung von Frauen, in: dies./Birgit Geissler (Hg.): Die ungleiche Gleichheit - Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen 1998, S. 185-200.

5 Vgl. Birgit Pfau-Effinger/Birgit Geissler, Institutionelle und sozio-kulturelle Kontextbedingungen der Entscheidung verheirateter Frauen für Teilzeitarbeit. Ein Beitrag zu einer Soziologie des Erwerbsverhaltens, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Heft 3/1992, S. 358-370.

durch die sozialrechtliche Figur der sozialversicherungsfreien geringfügigen Beschäftigung, während die von den jungen Frauen für die Familienphase explizit gewünschte Teilzeitarbeit demgegenüber (abgesehen von wohlwollenden Erklärungen) keine Unterstützung findet.⁶ Obwohl ein großer Teil der verheirateten Frauen - wenn auch diskontinuierlich - erwerbstätig ist, haben sie im Alter keine eigenständige Existenzsicherung; alle Reformen der Rentenversicherung haben dieses Problem vernachlässigt. Ebenfalls die Hausfrauenehe stützend wirken Familien- und Bildungspolitik. So fördert die Organisation der dezentralen sozialen Dienste die Entscheidung, nach der Geburt eines Kindes die Erwerbsarbeit aufzugeben, denn das Angebot an öffentlichen Betreuungseinrichtungen ist weder für kleine Kinder noch für Schulkinder ausreichend. Auch die Grundschule, die nicht einmal als Halbtagschule organisiert ist, unterstellt die häusliche Verfügbarkeit der Mutter.

Mit der Auflösung der traditionellen Familie als dominanter Familienform verlieren zugleich grundlegende Prinzipien der sozialen Sicherung ihre Geltung; trotzdem wird das Sozialsystem nicht auf die Bedürfnisse der jüngeren Frauen mit Kindern hin umgestaltet. Die Lebens- und Familienform der Hausfrauenehe kommt weder den Lebensvorstellungen der jungen Männer noch der jungen Frauen entgegen - sie entspricht der Lebensführung der älteren Generation. Die spezifischen biographischen Erfahrungen der Älteren werden so zur Leitlinie einer rückwärtsgewandten Politik. Der 'Reformstau' in den genannten Politikbereichen führt dazu, daß weder für die in der jüngeren Generation verbreitete Lebensform der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft noch für die neuen Familienformen - Alleinerziehende, Stieffamilien etc. - angemessene politisch-soziale Rahmenbedingungen gegeben sind. Daß Kinder in Scheidungsfamilien völlig ungenügend abgesichert und zu einem hohen Prozentsatz von Sozialhilfe abhängig sind, ist nur ein Beispiel dafür, daß das Idealbild der vollständigen Familie zu politischen Fehlentscheidungen führt.

Dennoch ist daraus nicht zu schließen, daß es keinen Bedarf für Familienpolitik gäbe. Die Familie ist für die Lebensphase mit kleinen Kindern die bei weitem häufigste - und auch angestrebte - Lebensform. Mit der Einführung des Erziehungsurlaubes ist der Anteil der Frauen, die während der ersten Lebensjahre eines Kindes nicht regelmäßig erwerbstätig sind, auf über 90 Prozent angestiegen. Die familien- und sozialpolitische Unterstützung der (relativ traditionellen) Familie in dieser Lebensphase erscheint den jüngeren Frauen allerdings immer noch eher ungenügend. Zugleich bleibt die familiäre Konstellation, die in dieser Phase entsteht, selten auf Dauer erhalten. Denn die auf den Geschlechterdualismus gestützte traditionelle Arbeitsteilung ist objektiv wie subjektiv in der Krise. Der entsprechende familienzentrierte Lebenslauf hat für die große Mehrheit der jungen Frauen seine Orientierungsfunktion verloren. Die Sozialisation von Mädchen ist nicht mehr nur auf die Familiengründung, sondern in gleicher Weise auf Ausbildung und Beruf

6 Vgl. Pfau-Effinger/Geissler, Kontextbedingungen S. 366.

ausgerichtet. Junge Frauen betrachten heute ihre Berufstätigkeit nicht als bis zur Familiengründung befristet.⁷

Daher ist die Zahl der Familien, in denen der Mann nach der Familiengründung auf Dauer alleiniger Familienernährer bleibt, inzwischen verschwindend gering. In welcher Weise allerdings der sogenannte Wiedereinstieg in den Beruf sich für die Frau gestaltet, das ist von vielen Bedingungen abhängig. Ob eine Frau längere Zeit auf Arbeitssuche gehen muß, ob sie im erlernten Beruf bleiben kann und will, ob sie eine Teilzeitstelle sucht (und findet), ob sie ein existenzsicherndes Einkommen hat, wieviele Kinder in welchem Alter zu versorgen sind, wie das familiäre und sonstige soziale Netzwerk aussieht, wie lange die Erwerbsunterbrechung gedauert hat, wie hoch das Einkommen des Ehemannes ist, in welcher Weise er sich an der Familienarbeit beteiligt, ob die Ehe überhaupt Bestand hat, das wird von Fall zu Fall differieren. Der Kontext biographischer Entscheidungen ist also bei den Jüngeren äußerst vielschichtig.

Generationenkonflikt und Geschlechterkonflikt im Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik

Der Umbau des Wohlfahrtsstaats bringt einen Generationenkonflikt wie auch einen Geschlechterkonflikt mit sich. Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe,⁸ bezeichnet der Begriff 'Generationenkonflikt' in diesem Kontext den Vertrauensverlust der Jüngeren in die Sozialpolitik und den Verlust der berufsbiographischen Kontinuitätserwartung. Die Unübersichtlichkeit, Zukunftsunsicherheit und Lückenhaftigkeit der sozialen Sicherung trifft jüngere Menschen stärker als ältere und Frauen mehr als Männer. „Der ... Generationenvertrag hat sich zumindest quantitativ zum Kern des Wohlfahrtsstaats entwickelt. Der Wohlfahrtsstaat bedeutet heute überwiegend Wohlfahrt für die Älteren.“⁹ Dafür gibt es Gründe, die in der Struktur des Sozialsystems selbst begründet liegen. Es gibt darüberhinaus aktuelle Gründe - im wesentlichen die Krise des Arbeitsmarkts und der Erwerbskontinuität und den Strukturwandel von Familie und weiblichem Lebenslauf. Während für die Kriegs- und erste Nachkriegsgeneration (insbesondere von Männern), für die Generationen also, die bis zu den sechziger Jahren in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, das Sozialstaatsmodell der Bundesrepublik ein Erfolgsmodell ist, greift für die Jüngeren die arbeits- und sozialpolitische Absicherung bei weitem nicht so gut. Für einen Teil der jüngeren Generation - insbesondere für die Frauen - bringen die mit den Reformen der letzten Jahre angesteuerten Anpassungsprozesse biographische Unsicherheit mit

7 Vgl. Geissler/Oechsle, Lebensplanung.

8 Für die junge Generation verliert das überkommene soziale System zunehmend die Bedeutung, die es für die mittlere und ältere Generation hat, nämlich die, eine zuverlässigen Sicherung in kritischen Lebenslagen und im Alter zu sein. Vgl. dazu Birgit Geissler, Netz oder Sieb. Generationenkonflikt und Geschlechterkonflikt in der aktuellen Krise des Sozialstaats, in: Kritische Justiz, Heft 1/1997, S. 1-14.

9. Martin Kohli, Generationenbeziehungen auf dem Arbeitsmarkt, in: Franz Schultheis/Kurt Lüscher (Hg.), Generationenbeziehungen in 'postmodernen' Gesellschaften, Konstanz 1993, S. 383.

sich. Die jüngeren Erwerbstätigen und ihre Familien sind in zweierlei Hinsicht benachteiligt: zum einen ist ihr Arbeitsleben von mehr Risiken (Arbeitsplatzunsicherheit, Mobilitätswang, Stagnation der Einkommen) geprägt, zum anderen haben sie die Kürzungen im sozialen Bereich seit den achtziger Jahren ganz überwiegend zu tragen. Viele Jugendliche blieben in den achtziger Jahren aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt; die jüngere Generation wurde gespalten in diejenigen, die eine qualifizierte Ausbildung bekamen und diejenigen, die ohne Ausbildung blieben und/oder langanhaltende Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt hatten. Von den Wohlstandsgewinnen der achtziger Jahre blieben nicht nur viele Jugendliche ausgeschlossen, auch junge Familien und Familien mit mehreren Kindern wurden 'abgehängt'.

Als Geschlechterkonflikt betrifft die Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit und des Sozialstaats die Fragen der Arbeitsteilung in Arbeitswelt und Familie ebenso wie der sozialen Sicherung von Frauen. Hintergründe für diesen Konflikt sind - wie ausgeführt - die Auflösung der traditionellen Ehe und Familie und das höhere Qualifikationsniveau und die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Frauen. In der seit Beginn der siebziger Jahre steigenden Erwerbsquote der Frauen drückt sich nicht nur die Nachfrage nach Arbeitskraft im tertiären Sektor, sondern auch das Arbeitskraftangebot, das Erwerbsinteresse der Frauen selber aus. Dennoch haben Frauen geringere Beschäftigungschancen in aussichtsreichen und gutbezahlten Berufen; viele der sogenannten Frauenberufe, etwa die sozialen und Gesundheitsberufe, sind zwar hochqualifiziert -, in Bezahlung, Aufstiegschancen und sozialem Ansehen reichen sie aber an technische und kaufmännische Berufe mit vergleichbarem Niveau nicht heran.¹⁰ Die Berufschancen von Frauen heute sind also erweitert und begrenzt zugleich; die längst mögliche Abschwächung der Arbeitsmarktsegregation, der beruflichen Arbeitsteilung und ungleichen Verteilung von Ressourcen läßt auf sich warten. Wie Untersuchungen zeigen, wirken hier - bei Älteren und Jüngeren - die traditionellen Leitbilder von Weiblichkeit nach; die Selektionsmechanismen im Arbeitsmarkt reflektieren jedoch eindeutig auch den Ressourcen- und Machtüberschuss der älteren Generation.

Die Sozialpolitik - und nicht nur sie - greift Erwerbsarbeit als zentrale Kategorie im männlichen Lebenslauf und Familienarbeit als zentrale Kategorie im weiblichen auf und verfestigt diese Zuordnung zugleich.¹¹ Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen für das familienbezogene und zum guten Teil auch für das berufliche Handeln von Männern und Frauen stammen noch aus der hohen Zeit der Versorgung. Diese Bedingungen sind an die moderneren Formen der Arbeitsteilung in Ehe und Familie nicht angepaßt; im sozial- und steuerpolitischen Verständnis wird jede Erwerbstätigkeit verhei-

10 Vgl. auch Ursula Rabe-Kleberg, Verantwortung und Macht. Ein Beitrag zum Verhältnis von Geschlecht und Beruf, Bielefeld 1993.

11 Vgl. dazu Ilona Ostner/Mary Langan, Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat, in: Kritische Justiz, Heft 3/1991, S. 302-317; Elisabeth Beck-Gernsheim, Frauen - die heimliche Ressource der Sozialpolitik?, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2/1991, S. 58-66.

rateter Frauen in das Korsett des Zuverdienstes zum Haushaltseinkommen gepreßt, und die Männer müssen - ob sie wollen oder nicht - konkurrenz- und aufstiegsorientiertes Handeln an den Tag legen. Die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen sind damit auch eine Bremse für die Gleichstellung der Frauen im Arbeitsmarkt und für eine rationale Nutzung ihrer Qualifikationen. Besonders schwerwiegend ist, daß eine sozialpolitische Überbrückung der typisch weiblichen Unterbrechungen im Berufsverlauf - wegen Kindererziehung, Hausarbeit, ehrenamtlicher Arbeit, Pflege von Angehörigen - fehlt. Dies ist nicht weiter aufgefallen, solange die Mehrheit der Frauen über die Ehe gesichert und dies gesellschaftlich weithin akzeptiert war, wie in West-Deutschland in der Nachkriegszeit der Fall. In den achtziger und neunziger Jahren bietet die Ehe für Frauen jedoch keine Versorgung für das ganze Leben mehr. Die Kluft zwischen dem Wandel der Familie und der Lebensweise von Frauen auf der einen Seite und den von der Politik unterstellten sozialen Strukturen auf der anderen ist unübersehbar. Von der jungen Generation werden diese Ungleichzeitigkeiten immer weniger verstanden und akzeptiert. Sie erwartet mit dem Regierungswechsel einen Schub in Richtung eines egalitären Geschlechterverhältnisses und eines neuen Modells der sozialen Sicherung, das den gewandelten Lebensformen und Berufsverläufen angepaßt ist.